



Perspektiven des Lehrkräftebedarfs in Niedersachsen:

Position der Hochschulen des Niedersächsischen Verbundes zur Lehrerbildung

Die Hochschulen im Niedersächsischen Verbund zur Lehrerbildung begrüßen die gemeinsam von MK und MWK vorgestellte Prognose zum Lehrkräftebedarf in Niedersachsen¹ sowie die von den Ministerien auf Basis des ermittelten Zahlenmaterials ergangenen Vorschläge zur hochschulischen Lehrkräftebildung und unterstützen nachdrücklich eine kontinuierliche Weiterentwicklung dieses wichtigen Instruments. Gleichzeitig betrachten die Hochschulen die durch die Untersuchung deutlich gewordenen, teilweise sehr bedenklichen Entwicklungen in der niedersächsischen Lehrkräftebildung, insbesondere das Missverhältnis zwischen dem aktuellen und dem zukünftig erwarteten Lehrkräftebedarf und den Studierendenzahlen, mit großer Sorge:

Lehrkräftebedarf in Niedersachsen bis 2030:

| | <i>Hoher Bedarf</i> | <i>Hoher, aber gedeckter Bedarf*</i> | <i>Überangebot an Lehrkräften</i> |
|-------------------------------|---------------------|--------------------------------------|-----------------------------------|
| <i>Grundschule</i> | | X | |
| <i>Haupt-/Realschule</i> | X | | |
| <i>Gymnasium</i> | | | X ** |
| <i>Berufsbildende Schulen</i> | X | | |
| <i>Sonderpädagogik</i> | X *** | | |

** bei gleichbleibenden Studierendenzahlen ** Ausgenommen: Fächer des besonderen Bedarfs. ***Aufgrund eines Aufwuchses von Studienplätzen ist von einer leichten Entspannung der Situation in den kommenden Jahren auszugehen.*

Der Lehrkräftebedarf ist besonders im Bereich des Lehramtes für Haupt- und Realschulen beträchtlich, während die Zahl der Studieneinsteigerinnen und -einsteiger in diesen Lehrämtern und die aktuelle Absolventenzahl demgegenüber zu niedrig sind. In diesem Lehramt bestehen zwar grundsätzlich hinreichend Studienkapazitäten an den Hochschulen, freie Studienplätze werden jedoch in zu geringem Umfang angewählt. Aufgrund der Maßnahmen zur Sicherung der Unterrichtsversorgung in den Haupt- und Realschulen Niedersachsens wird der Mangel an ausgebildeten Lehrkräften auch Auswirkungen auf die anderen Lehrämter nach sich ziehen. Jedoch auch in den Lehrämtern für Sonderpädagogik und für die berufsbildenden Schulen entsprechen die Absolventenzahlen nicht den aktuellen Bedarfen. In der Sonderpädagogik zeichnet sich allerdings hier aufgrund eines Aufwuchses an Studienplätzen eine leichte Entspannung in den kommenden Jahren ab.

Die Bedarfe werden sich aufgrund der bildungspolitischen Entscheidungen der jüngeren Vergangenheit voraussichtlich weiter verschärfen (Ausbau Ganztagsangebot, Inklusion, Maßnahmen zur Sprachförderung etc.). Wir bezweifeln, dass sich diese Entwicklung allein durch Imagekampagnen und intensive Bewerbung der entsprechenden Studiengänge oder entsprechende Beratung abmildern lässt.

Im Lehramt für Gymnasien zeigt sich zugleich ein gegenläufiger Trend. Nach aktuellen Bedarfsberechnungen wird ab 2021 ein Überangebot an Lehrkräften mit dem Lehramt an Gymnasien bestehen, so dass es zu Wartezeiten am Übergang von den Hochschulen in die Studienseminare kommen wird.

¹ „Bedarfsgerechte Ausbildung von Lehrkräften“, vorgestellt in der Sitzung des Verbundes am 15.11.2019



Die Hochschulen des Verbundes vertreten zu den geschilderten Prognosen und genannten Herausforderungen folgenden Positionen:

- **Wir plädieren für eine offene Debatte, in der grundsätzlich über verschiedene Maßnahmen zur Verringerung des Lehrkräftemangels wie z.B. über die Höher-/Gleichbesoldung von Lehrkräften (im Vergleich mit anderen, benachbarten Bundesländern aus Sorge um Abwanderung) oder die Einführung des Stufenlehramts diskutiert wird.**
- Die Attraktivität des Lehramts an Haupt- und Realschulen muss dringend gesteigert und die Diskussion darum in größerem politischen Rahmen geführt werden. Derzeit ist die Aufnahme eines Lehramtsstudiums für das Haupt- und Realschullehramt aufgrund der Besoldung sowie der – teilweise verzerrt dargestellten bzw. wahrgenommenen – schulischen Realität häufig nicht attraktiv für Studienanfängerinnen und -anfänger.
- Als Hochschulen sind wir der Meinung, dass die Attraktivität der Lehrkräftebildung im Besonderen auch von einer hohen Fächervielfalt des jeweiligen Standortes abhängt. Dies impliziert, dass keine Kapazitäten bei nicht ausgelasteten Studiengängen gekürzt werden o.ä.
- Auslastungszahlen ersetzen keine Studiengangplanung. Die Studiengänge der Lehrkräftebildung sollten unter diesen Umständen unbedingt aus der Rückzahlungsregelung der Zielvereinbarungen ausgenommen werden (Rückzahlung von Mitteln bei weniger als 80 % Auslastung).
- In allen Lehrämtern müssen Quereinstiegsprogramme in gemeinsamer Qualitätsverantwortung mit den Hochschulen entwickelt und durchgeführt werden. Der große Lehrkräftebedarf darf nicht zu Maßnahmen zulasten der Unterrichtsqualität führen. Maßnahmen zum Quereinstieg müssen stets auf Augenhöhe mit den Studiengängen konzipiert und umgesetzt werden. Für die Hochschulen stellt das grundständige Lehramtsstudium die unabdingbare Voraussetzung für eine kompetente Lehrkräftebildung dar. Gleichzeitig nehmen die Hochschulen wahr, dass zur Deckung des aktuellen (teilweise kurzfristigen) Bedarfs nicht ausreichend entsprechend qualifizierte Personen zur Verfügung stehen und daher auch Personen ohne entsprechendes Studium eingesetzt werden müssen. Für die Qualifizierung von solchen Quereinsteigerinnen und -einsteigern bedarf es qualitätsgesicherter, praxisorientierter und passgenauer Angebote. Die Hochschulen stehen hier als Partner für entsprechende Angebote bereit.
- Wir als Hochschulen befürworten die Diskussion um eine Anbindung der Weiterbildung an die Hochschulen. Das MK sollte die bereits eingeschlagene Strategie der Weiterbildung von fachfremd unterrichtenden Lehrkräften zur vollen Lehrbefähigung über ausfinanzierte Weiterbildungsangebote der Universitäten weiterverfolgen und ausbauen, so dass die Versorgung in Mangelfächern nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ gewährleistet werden kann.
- Maßnahmen zur Verringerung des Überangebots im gymnasialen Lehramt sollten nur nach reiflicher Überlegung ergriffen werden, um nicht Personen, die als zukünftige Lehrkräfte dringend (wenn auch ggf. in anderen Schulformen) gebraucht werden, grundsätzlich von einem Lehramtsstudium abzuhalten. Darüber hinaus wird aufgrund einer absehbar steigenden Pensionierungsrate ab 2035 wieder ein zunehmender Bedarf an Lehrkräften aller Lehrämter erwartet.
- Bei zukünftigen bildungspolitischen Entscheidungen sollten die Auswirkungen auf die Lehrkräftebedarfe berücksichtigt werden.

Stand: 03.04.2020